



ANTRAG		Vorlage Nr.:		2018/0047	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion					
Angebot an Geburtsvorbereitungskursen und Wochenbettbetreuungen fördern					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	
Gemeinderat	20.03.2018	16	x		

Folgende Antragspunkte sind im Rahmen der „Frühen Prävention“ zu sehen:

1. Als Ergänzung zu den Maßnahmen der frühen Prävention erhöht die Stadt den Zuschuss an Pro Familia, um eine zusätzliche 50%-Stelle für eine Familienhebamme schaffen zu können.
2. Die Stadtverwaltung unterstützt selbstständige Hebammen, die einen Geburtsvorbereitungskurs anbieten wollen, bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in möglichst vielen Stadtteilen und beteiligt sich ggf. an den Mietkosten.
3. Die Stadt setzt sich bei den Karlsruher Geburtskliniken nachdrücklich für den Ausbau der Angebote von Geburtsvorbereitungskursen ein.
4. Sollten bei finanziell bedürftigen Familien (Karlsruher Pass-Empfänger*innen) die Kosten für die Teilnahme des werdenden Vaters am Geburtsvorbereitungskurs nicht oder nur teilweise von der Krankenkasse übernommen werden, so werden diese abzüglich eines eventuellen Erstattungsbeitrages durch die Stadt finanziert.

Sachverhalt / Begründung:

Die Betreuung von werdenden Eltern während der Schwangerschaft und die Begleitung junger Eltern und ihrer Säuglinge in den ersten Wochen und Monaten nach der Geburt durch eine Hebamme sind nicht nur wünschenswert, sondern tragen enorm zur Prävention bei. Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme auf unsere Anfrage vom 27.11.2017 betont, könnte es sonst zu Unsicherheiten und damit zu Problemen in der Versorgung von Säuglingen kommen.

Ebenso sei die psychische Gesundheit von Müttern durch eine mangelhafte Hebammenversorgung größeren Risiken ausgesetzt.

Werdende Eltern finden aber in Karlsruhe (wie bundesweit) immer weniger Angebote von Hebammen zur Geburtsvorbereitung und Betreuung nach der Geburt. Die in Karlsruhe praktizierenden Hebammen sind oft für einen langen Zeitraum im Voraus belegt.

Für Alleinerziehende oder Familien in belasteten Lebenssituationen wäre die Unterstützung einer Hebamme jedoch besonders wichtig. Die Verwaltung schrieb dazu, dass gerade diese Menschen geringe Chancen auf die Versorgung durch eine Hebamme haben.

Die Angebote des Netzwerks für „Frühe Prävention“ in Karlsruhe sind hier sehr hilfreich, aber bei weitem nicht ausreichend. So kann beispielsweise bei Pro Familia im Moment jeweils nur ein Geburtsvorbereitungskurs für jugendliche werdende Mütter angeboten werden. Dringend notwendig wäre zusätzlich ein Geburtsvorbereitungskurs und Wochenbettbetreuung für (insbesondere bedürftige) zukünftige Alleinerziehende. Die dortige Familienhebamme (75%-Stelle, die durch Zuschuss der Stadt finanziert wird) ist bereits sehr ausgelastet und ein weiteres Kursangebot bzw. eine weitere Betreuung von werdenden Familien ist nicht möglich. Außerdem gibt es keine Vertretung für die Familienheb-

amme, falls sie wegen Hausbesuchen, Weiterbildungsmaßnahmen oder Krankheit ausfällt. Aus diesen Gründen ist hier eine weitere halbe Personalstelle nötig, um den wichtige Präventionsauftrag erfüllen zu können.

Ein weiterer Grund, warum Hebammen immer seltener Geburtsvorbereitungskurse anbieten können, sind auch fehlende geeignete und für die Hebammen bezahlbare Räumlichkeiten. Hier sollte die Stadt alle Möglichkeiten prüfen, stadteigene Räume kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Ist dies nicht möglich, sollte die Stadt sich an der Suche geeigneter Räume und an den Mietkosten beteiligen, um so zu einem erweiterten Angebot der Hebammen beizutragen.

In den Karlsruher Geburtskliniken werden ebenfalls Vorbereitungskurse für werdende Eltern angeboten, doch auch hier kann nur ein Teil der Nachfrage befriedigt werden. Hier sollte sich die Stadt nach ihren Möglichkeiten bei den Kliniken für den deutlichen Ausbau der Angebote einsetzen.

In Geburtsvorbereitungskursen werden auch werdende Väter auf die Geburt und den Umgang mit Säuglingen vorbereitet. Es ist allseits bekannt, wie hilfreich und wichtig dies für den Start der jungen Familie ist. Daher sollen die Kosten kein Hinderungsgrund für werdende Väter sein und bei Bedarf soll die Teilnahme von der Stadt finanziert werden.

Auch wenn eine Lösung des Hebammenmangels vor allem bundespolitisch zu suchen ist, sollte die Stadt sich mit einem ausgeweiteten Beitrag diesem drängenden Problem stellen. Eine schlechte Versorgung in diesem Bereich führt zu schlechteren Startchancen besonders für arme Kinder.

unterzeichnet von:

Verena Anlauf

Michael Borner

Renate Rastätter

Dr. Ute Leidig